

Öffentliche Hilfe für die Neuansiedlung von Industrien?

Autor(en): **Eisenring, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

OFFENTLICHE HILFE FÜR DIE NEUANSIEDLUNG VON INDUSTRIEN?

VON PAUL EISENRING

In den letzten Jahren sind in verschiedenen Landesgegenden, die bisher wenig oder überhaupt nicht industrialisiert waren, neue Industrien angesiedelt worden. Allgemein ist es aus bevölkerungspolitischen, sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen heraus zu begrüßen, wenn in dieser kleinen «Industrialisierungswelle» auch einmal Gemeinden zum Zuge kommen, die bisher sehr einseitig land- oder forstwirtschaftlich orientiert waren. Doch fehlt es — man möchte fast sagen glücklicherweise — beim Bekanntwerden solcher Vorhaben jeweilen nicht an Stimmen, welche die Projekte kritisch würdigen und zur Zurückhaltung mahnen, die oft aber auch demonstrativ opponieren. Auf Grund verschiedener praktischer Erfahrungen läßt sich feststellen, daß dieses «Auswiegen» von Industrialisierungsplänen im allgemeinen nur von gutem ist. Denn übereilte Entschlüsse könnten sich einmal bitter rächen und könnten ganze Tal- und Ortschaften in eine Notlage hineinbringen.

Im allgemeinen hält es außerordentlich schwer, für bisher industriearme oder industrieloze Gegenden taugliche Projekte zu finden. Verhandlungen mit Projektinhabern zerschlagen sich sehr oft schon in den ersten Verhandlungen an den großen Schwierigkeiten, die sich aus der klimatischen oder geographischen Lage, der bildungs- und berufsmäßigen Struktur der angestammten Bevölkerung, der Kommunikationsmöglichkeiten usw. ergeben. Oft kommt noch dazu, daß die Steuersätze «abstoßend» wirken, oder daß dem Projektinhaber Verbindlichkeiten zugemutet werden, die sich wirtschaftlich einfach nicht übernehmen lassen. So spielen meist unendlich viele Imponderabilien mit, von denen sich ein Außenstehender kaum ein Bild zu machen vermag.

Es ist daher erstaunlich, daß es trotzdem immer wieder gelingt, in solchen Gegenden kleinere oder auch größere industrielle Unternehmungen anzusiedeln. In jedem Fall sollten dabei die Voraussetzungen aber so beschaffen sein, daß berechtigte und, objektiv betrachtet, begründete Aussichten auf einen erfolgreichen Bestand vorhanden sind. Daß die örtlichen oder regionalen Behörden daher versuchen und praktisch oft sogar gezwungen sind, solchen Unternehmungen gewisse Vorteile einzuräumen, ist deshalb durchaus verständlich. Denn es wird jedermann der Auffassung zustimmen müssen, daß die «Differenz» zwischen dem Projekt für ein Unter-

nehmen an einem günstigen Standort und einem solchen an einem weniger günstigen irgendwie kompensiert oder doch herabgesetzt werden muß. Denn die Verbraucher der zu erzeugenden Produkte zahlen für diese ja nur den marktüblichen Konkurrenzpreis, ohne Rücksicht darauf, wo das Produkt hergestellt worden ist, ob in einem Industrieort oder in einer Berggemeinde. Der Unternehmer muß bei aller Sympathie für Betriebe in abgelegenen Gegenden auf jeden Fall ein kühler Rechner bleiben.

Vielfach setzen die kritischen Erwägungen bei der Einführung neuer Industrien nun aber ausgerechnet bei den «Vorteilen» ein, die dem projektierenden Unternehmer in Aussicht gestellt werden (z. B. beim beabsichtigten Verkauf von billigem Bauland, Steuererleichterungen, Beiträge an die Ausbildung von Facharbeitern usw.). Meist erheben namentlich die durch einen neuen Betrieb konkurrenziierten Unternehmen dann den Vorwurf, der neue Betrieb «lebe» aus Steuergeldern, während sie sich aus eigenen Mitteln entwickeln und durchhalten müßten. Die Einwände haben zweifellos etwas für sich. Sie bedürfen aber in jedem Einzelfall einer genauen und objektiven Überprüfung. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß mit der behördlicherseits gewährten Unterstützung eben in erster Linie jene «Differenz» abgeschwächt werden muß, die ihre Ursache in den oben erwähnten Nachteilen hat.

Nun muß man der Unterstützung solcher Neugründungen gerade im gesamtwirtschaftlichen Interesse aber auch Grenzen setzen. Diese liegen zwischen der «Primärhilfe» (z. B. der Abgabe billigen Baulandes) und der Dauerhilfe, die sich auf längere Zeit, vielleicht sogar über Jahre hin, erstrecken würde. Ein Unternehmen, das mit der «Primärhilfe» nicht auskommt und bei dem auch mit einer nur geringen Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muß, daß es dauernd in irgendeiner Form der direkten oder indirekten öffentlichen Unterstützung bedarf, sollte von einer industriesuchenden Gemeinde nicht aufgenommen, sondern abgelehnt werden. Ein so gestütztes Unternehmen würde nämlich zu einem echten Subventionsbetrieb und zu einer dauernden Last nicht nur für die betroffene Gemeinde, sondern für die gesamte Wirtschaft. In diesem Falle wäre selbst eine bescheidene Konkurrenzierung bestehender Unternehmungen nicht nur ungerecht, sondern sogar verantwortungslos. Die künstlich durchgehaltenen Arbeitsmöglichkeiten würden selbsttragende unterminieren, und das geschützte Unternehmen würde beinahe zwangsläufig der Versuchung unterliegen, auf alle Zeiten hinaus Schutz zu beanspruchen, z. B. durch das Begehren auf gutbezahlte Bundesaufträge, Import- und Zollschutz, Abnahmegarantien, Preisgarantien usw. Aus seiner nur dank der behördlichen Unterstützung «erarbeiteten» Position könnte es auch eine ausgesprochene Machtstel-

lung begründen, der sich die Behörden dann, mehr oder weniger einem Druck ausgesetzt, zu unterziehen hätten.

Es kann daher sicher nicht Aufgabe von Gemeinden, Kantonen und Bund sein, durch direkte und indirekte Subventionen im Zeichen der lebhaften, ohnehin gefährlichen Expansionstendenzen einzelner Wirtschaftszweige die Konkurrenzverhältnisse unter dem Titel der Hilfe an «unterentwickelte» Gebiete zu beeinflussen. Wohl muß man aber, wie erwähnt, standortsungünstigen Gemeinden und Regionen die Möglichkeit belassen, durch gewisse, aber vorübergehende Erleichterungen die Ansiedlung neuer Industrien attraktiv zu gestalten. Vor Experimenten muß aber um so nachdrücklicher gewarnt werden, als ein einmal aufgebautes Unternehmen nicht mehr mit einem Federstrich beseitigt werden kann.

In diesem Sinne ist das Problem der Industrialisierung industriearmer oder industrielooser Gegenden viel komplexer als man im allgemeinen annimmt. Falsch ist es, von einem Unternehmer zu erwarten, daß er gleichsam als uneigennütziger Wohltäter ins Bergdorf kommt. Falsch ist es aber auch zu glauben, in der Industrialisierung liege das sozialpolitische Allheilmittel für die Zukunft und daher müsse die Industrialisierung überall und à tout prix erzwungen werden. Es könnte, wie Beispiele zeigen, einmal ein bitteres Erwachen geben, wenn nicht in nüchterner Weitsicht nicht nur an heute, sondern auch an morgen und übermorgen gedacht wird.